

Hilft eine Statistik gegen Gewalt?

Die vom Land geplante Datenbank zu Übergriffen an Schulen ruft ein geteiltes Echo hervor

VON ULF B. CHRISTEN

KIEL. Die Regierungspläne für eine Datenbank zur Schülergewalt haben Kritik, aber auch viel Beifall ausgelöst. Für die Lehrgewerkschaft GEW sind Präventionsmaßnahmen in den Schulen wichtiger als das Sammeln von Daten. Die Landespolitiker begrüßen das Projekt des Bildungsministeriums, stellen aber klar, dass die Erkenntnisse aus der Datenbank Konsequenzen für den Schulalltag haben müssten.

Wie berichtet sollen die knapp 800 Schulen im Land künftig alle Fälle von Gewalt und Mobbing (ab schriftlichem Verweis) an das Bildungsministerium melden und dabei sowohl das Vergehen als auch das Motiv angeben. Ministerin Karin Prien (CDU) will so eine Datenbank aufbauen und erstmals einen Überblick über das Ausmaß der Schülergewalt in Schleswig-Holstein gewinnen.

„Leider lösen Statistiken keine Probleme in den Schulen“, sagte die GEW-Landesvorsitzende Astrid Henke. Die Datenbank schaffe zusätzliche Verwaltungsarbeit. Und: „Es dürfte für die Lehrkräfte nur schwerlich möglich sein, Ursa-



Das Problem selbst zweifelt niemand an: Gewalt und Mobbing belasten das Klima an den Schulen. FOTOS: BERG/PETER/EISENKRÄTZER

chen und Motive von Gewalttaten genau zuzuordnen.“ Wichtiger sei der Ausbau von Präventionsmaßnahmen. „Dazu gehören zum Beispiel auch Konflikt- und Kommunikationstrainings in den Schulklassen sowie eine Intensivierung von Schulsozialarbeit.“ Die GEW ließ darüber hinaus keinen Zweifel daran, dass Lehrkräfte mehr Zeit bräuchten, um Schüler-Konflikte aufzuarbeiten. Die Klassenlehrer spielten dabei eine zentrale Rolle und müssten deshalb eine Ausgleichsstunde erhalten. Aus der Landespolitik be-

kam Prien vor allem Lob. „Die Datenbank ist ein erster wichtiger Schritt, um zukünftig Hilfen zu schaffen“, sagte der CDU-Schulpolitiker Tobias Loose. „Mobbing, Antisemitismus, Gewalt und Diskriminierung dürfen an unseren Schulen nicht geduldet werden.“ In der Pflicht seien aber nicht allein die Lehrer. „Die Eltern sind ebenso gefragt.“ Beifall kam auch von der FDP. „Die Einrichtung der Datenbank ist absolut richtig“, sagte Fraktionschef Christopher Vogt. „Entscheidend ist, dass auch die richtigen Schlussfolgerun-



„Leider lösen Statistiken keine Probleme in den Schulen.“

Astrid Henke,
GEW-Landesvorsitzende



„Die Datenbank ist ein erster wichtiger Schritt, um zukünftig Hilfen zu schaffen.“

Tobias Loose,
CDU-Schulpolitiker

gen aus den gesammelten Daten gezogen und die Schulen entsprechend unterstützt werden.“

Ähnlich äußerten sich die Grünen. „Gewalt und Mobbing an Schulen sind immer noch ein massives Problem“, betonte der Bildungspolitiker Lasse Petersdotter. „Eine Datenbank allein wird das Problem selbstverständlich nicht lösen, es müssen daraus auch wirkungsvolle Maßnahmen folgen.“ Die SPD bezeichnete

eine Erfassung der verhängten Ordnungsmaßnahmen als sinnvoll. „Spannend wird die Frage nach den Konsequenzen“, sagte der Schulpolitiker Martin Habersaat.

Mit im Boot ist auch die AfD. Ihr Bildungspolitiker Frank Brodehl nannte die Datenbank einen richtigen ersten Schritt. „Dabei ist es wichtig, die Öffentlichkeit über die Konflikte und deren Hintergründe umfassend zu informieren“.